Stand: 04.07.2025 18:30:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8012

"Konzept zur Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen vorlegen - Beseitigung des Lehrermangels konsequent angehen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/8012 vom 27.05.2020
2. Beschluss des Plenums 18/8119 vom 28.05.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 28.05.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.05.2020 **Drucksache** 18/**8012**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Michael Busch, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Konzept zur Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen vorlegen – Beseitigung des Lehrermangels konsequent angehen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag zu berichten, welche Maßnahmen zur Rekrutierung von Lehrkräften erfolgreich waren und ob die 1 400 Stellen für Lehrkräfte zum nächsten Schuljahr besetzt werden können,
2. dem Landtag ein Konzept vorzulegen, wie die Unterrichtsversorgung in Grund-, Mittel- und Förderschulen in diesem und im nächsten Schuljahr sichergestellt werden soll,
3. Lehrkräfte von den Aufgaben der Notbetreuung zu entlasten und
4. zu berichten, in welcher Form bei den Maßnahmen die Betroffenen sowie Gewerkschaften, Verbände und Personalvertretungen eingebunden wurden, zum Beispiel in Form eines Runden Tisches.

Begründung:

Schon vor der Corona-Krise stand im Raum, dass mindestens 1 400 Stellen im Schulbereich nicht besetzt werden konnten. Die Staatsregierung hat durch ein Maßnahmenpaket versucht, diesem Mangel entgegenzuwirken. Ob die Rekrutierungsversuche in vollem Umfang erfolgreich waren und sind, ist bisher dem Landtag nicht übermittelt worden und muss berichtet werden.

Zu diesem ohnehin eklatanten Mangel an Lehrkräften kommen nun weitere 4 625 Grundschullehrkräfte, die aus unterschiedlichen Gründen coronabedingt nur mit Einverständnis der Betroffenen für die Präsenzunterrichtsversorgung zur Verfügung stehen. Insbesondere diejenigen Lehrkräfte, die aufgrund ihres Alters und ihrer Vorerkrankungen längerfristig keinen Präsenzunterricht übernehmen können, werden fehlen. Das vom Staatsminister für Bildung und Kultus, Prof. Dr. Michael Piazolo, für das nächste Schuljahr in Aussicht gestellte Wechselsystem aus Präsenzunterricht und Lernen zuhause in Verbindung mit der Notbetreuung verlangt von den Lehrkräften und Schulleitungen enormen Einsatz, weil gerade an den kleinen Schulen die coronabedingt zum Teil halbierten Kollegien die Arbeit mitmachen müssen. Das kann keine Dauerlösung sein und bedarf anderer Herangehensweisen. Zumindest in der Besetzung der Notbetreuung kann der Freistaat mit den Trägern von Mittagsbetreuungen und Ganztagsangeboten zu kooperativen Lösungen kommen und die Kosten auch in der unterrichtsfreien Zeit übernehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 28.05.2020 **Drucksache** 18/**8119**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Michael Busch, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**8012**

Konzept zur Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen vorlegen – Beseitigung des Lehrermangels konsequent angehen

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag zu berichten, welche Maßnahmen zur Rekrutierung von Lehrkräften erfolgreich waren und ob die 1 400 Stellen für Lehrkräfte zum nächsten Schuljahr besetzt werden können,
2. zu berichten, in welcher Form bei den Maßnahmen die Betroffenen sowie Gewerkschaften, Verbände und Personalvertretungen eingebunden wurden, zum Beispiel in Form eines Runden Tisches.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Margit Wild
Abg. Norbert Dünkel
Abg. Thomas Gehring
Abg. Johann Häusler
Abg. Nikolaus Kraus
Abg. Dr. Anne Cyron
Abg. Matthias Fischbach
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Konzept zur Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen vorlegen - Beseitigung des Lehrermangels konsequent angehen (Drs. 18/8012)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Margit Wild das Wort.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Mitte März dieses Jahres unsere Schulen geschlossen. Die Kinder und Jugendlichen sind ins sogenannte Homeschooling eingetreten, was natürlich zunächst einmal sehr auf Eigenverantwortung gesetzt hat und hochgradig improvisiert war. Die digitale Infrastruktur hat nicht funktioniert. Zunächst einmal gab es keine Konzepte. Die Lehrkräfte an unseren Schulen haben sich eigenverantwortlich um Methoden gekümmert, ihre eigene Software zur Verfügung gestellt, sich um Geräte gekümmert und Aufgaben per Post an ihre Schülerinnen und Schüler verschickt. Die Lehrkräfte haben mit denjenigen Schülern, die sie so nicht erreicht haben, telefoniert. Sie haben Unterrichtsmaterialien zum Teil nach Hause gebracht und haben sich in den Osterferien mit ganz viel Engagement ihrer Schülerinnen und Schüler angenommen. Sie haben sich vernetzt, sie haben sich hervorragend eingebracht, und sie haben untereinander kommuniziert. Das war nötig, weil in dieser besonderen Zeit sehr viele Defizite sichtbar geworden sind.

Ich möchte an dieser Stelle einen großen Dank an unsere engagierten Lehrerinnen und Lehrer und an die Eltern, die ihre Kinder zu Hause unterstützt haben, aussprechen. Nach Rückmeldungen von Lehrkräften, Verbänden und Schulleitern arbeiten die Lehrkräfte zum großen Teil am Anschlag. Zwischen Improvisation, Weiterbildung und Notbetreuung, die auch noch zu leisten war, mussten die Lehrkräfte zu Hause ihre eigenen Kinder versorgen, sich um den Haushalt kümmern, und möglicherweise auch noch um Angehörige.

Ich bringe jetzt ein paar Zitate, die mir aus dem Bekanntenkreis oder durch Anschreiben zu Ohren gekommen sind: Wir wissen nicht mehr, was wir zuerst machen sollen. Wir sind an unserer Belastungsgrenze angelangt. Jetzt sollen wir uns in den Pfingstferien auch noch um die Betreuung kümmern.

Ich brauche das Thema nicht weiter auszuführen. Jetzt komme ich schon zum Knackpunkt: Wir haben schon vor Corona darüber diskutiert, dass es an den Grund-, Mittel- und Förderschulen einen eklatanten Lehrkräftemangel gibt. Nicht zuletzt deshalb gab es im Januar, Februar eine Erhöhung des Stundenkontingents. Natürlich wird dieser Mangel in Corona-Zeiten noch verstärkt, weil unter den Lehrkräften verschiedene Risikogruppen sind.Wie wir wissen sind viele junge Lehrkräfte schwanger. Das ist schön. Damit gehören sie aber zur Risikogruppe. Nach den Zahlen und der Statistik haben wir viele Lehrkräfte, die altersbedingt oder wegen einer Vorerkrankung zur Risikogruppe gehören. Solange der Präsenzunterricht an den Schulen nur eingeschränkt abläuft, kann das möglicherweise kompensiert werden. Wir wissen aber noch nicht genau, wie das neue Schuljahr ablaufen wird. Wahrscheinlich wird es ein rollierendes System geben, wechselnd zwischen Präsenzunterricht und Homeschooling. Spätestens dann wird dieser eklatante Lehrkräftemangel sichtbar werden.

Das Ministerium bekommt offenbar kalte Füße; nicht umsonst hat man pensionierte Lehrkräfte angeschrieben, ob sie in den Schuldienst zurückkehren möchten. Ich habe eine ungefähre Zahl im Kopf: Offensichtlich haben sich 50 Lehrkräfte gemeldet. Ein Kollege hat mir heute gesagt, dass irrtümlicherweise – man kann ja nicht alles wissen – auch bereits verstorbene Lehrkräfte angeschrieben wurden.

Da es noch keine ausreichenden Schutzmaßnahmen oder einen Impfstoff gegen das Virus gibt, der vermutlich noch sehr lange auf sich warten lassen wird, ist diese Rekrutierungsmaßnahme alles andere als sinnvoll und nicht die klügste Idee des Ministeriums. Das muss man einfach mal so deutlich sagen.

Unser Ziel ist ein möglichst hoher Anteil von Präsenzunterricht für Schülerinnen und Schüler. Das gilt vor allem für unsere Kleinsten, die sich in erster Linie als Schulkinder definieren und die Präsenz der Lehrkraft dringend brauchen. Das Gleiche gilt auch für unsere Schülerinnen und Schüler an den Förderschulen.

Die Thematik ist uns allen bewusst. Man muss überlegen, mit welchem Konzept man ins neue Schuljahr starten will.

Zwei Sätze zum Abschluss: Ich habe viele Anschreiben bekommen und festgestellt, dass die Belange von Eltern von Kindern mit Behinderung in den vergangenen Wochen ein bisschen vergessen worden sind. Der Minister, den ich sehr schätze, hat nicht besonders hervorgehoben, dass Kinder mit Beeinträchtigungen einen hohen Förderbedarf haben. Sie sind in besonderem Maße auf Unterrichtsversorgung, auf Schulbegleitung, auf Hilfen usw. angewiesen. Diese Schüler und deren Eltern fühlen sich zu Recht vollkommen vergessen. Das ist sehr traurig und für die Inklusion nicht unbedingt beispielgebend.

Ein letzter Punkt, der uns im Hinblick auf die Entscheidungsfindung sehr wichtig ist: Die noch anstehenden Entscheidungen müssen auf Augenhöhe mit den Betroffenen getroffen werden. Wir haben deshalb im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes einen Runden Tisch gefordert, bei dem die Verbände eingebunden und die Belange von Lehrerinnen und Lehrer wirklich berücksichtigt werden.

Viele Lehramtsstudierende haben nur befristete Verträge. Diesem Umstand und dem Anspruch der Kinder auf Unterricht und Beschulung muss Rechnung getragen werden.

Es reicht nicht aus, die Eltern zu loben. Man muss auch die Belange der Lehrinnen und Lehrer sehr ernst nehmen. Sie arbeiten in hohem Maße verantwortungsbewusst, kommen aber an ihre Leistungs- und Belastungsgrenze. Sie müssen ernst genommen werden. Dann haben auch wieder mehr Menschen Lust, Grundschul-, Mittelschul- und Förderschullehrer zu werden.

Gute Arbeitsbedingungen sind ein erster Schritt. Daher fordern wir einen Bericht und ein Konzept, denn sich durchzumogeln ohne Zahlen und Perspektiven für unsere Schülerinnen und Schüler geht nicht.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Norbert Dünkel. – Bei der Gelegenheit noch einmal herzlichen Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür, dass sie alles so schön sauber halten. Danke schön!

(Beifall)

Herr Kollege Dünkel, Sie haben das Wort.

Norbert Dünkel (CSU): Lieber Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine weltweite Pandemie stellt die Staaten vor riesige Herausforderungen. In Moskau gibt es aktuell 10.000 Neuinfektionen pro Tag. Das zeigt auf, wie sich ein Problem entwickeln kann, das nicht nachhaltig, konsequent und professionell angepackt wird. Natürlich sind Bereiche der Wirtschaft, des Mittelstands und der Unternehmen von der Pandemie betroffen, ebenso wie die Gastronomie und die Schulen.

Aber aus der Krise politisch profitieren zu wollen, empfinde ich als höchst fragwürdig, liebe Margit Wild. Die in der Begründung des Antrags und insbesondere jetzt in der Vorrede gewählte Polemisierung ist zurückzuweisen. Sie machen das Antragsbegehren per se nicht zustimmungsfähig. Aus einer guten parlamentarischen Gepflogenheit werden wir den Nummern eins und vier des Antrags als Berichtsantrag zustimmen. Wir sind aber der Meinung, dass für einen Bericht nicht ein Dringlichkeitsantrag hier im Plenum notwendig gewesen wäre. – Lieber Herr Präsident, ich bitte, dies später entsprechend getrennt abstimmen zu lassen.

In der Sache möchte ich darauf hinweisen, dass der Kultusminister vor einigen Wochen in Anwesenheit der SPD im Bildungsausschuss ausführlich über die Pläne des

Hauses und explizit über die Themen Lehrermangel an Grund-, Mittel- und Förderschulen berichtet hat. Alle Fragen der Opposition wurden sehr ausführlich beantwortet. Die Pandemie kommt nun dazwischen, und jede Planung muss fortgeschrieben werden. Aber die Kernaussagen gelten weiterhin. Dem Ausschuss und der SPD ist ausführlich bekannt gemacht worden, dass im Kultusministerium neben bewährten Maßnahmen der Zweitqualifizierung weitere Strategien entwickelt wurden, um die Unterrichtsversorgung im Freistaat zu sichern. Das können Sie übrigens auch im Internet nachlesen.

Mehr als 1.400 Realschul- und Gymnasiallehrkräfte haben einem Laufbahnwechsel zugestimmt und erfolgreich die Zweitqualifizierung für das Lehramt an Grund- und Mittelschule durchlaufen. Auch die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten wurden deutlich erweitert. Teilzeitbeschäftige Lehrer werden ermuntert, durch Erhöhung des Teilzeitmaßes oder durch Aufschieben des Ruhestandeintritts dazu beizutragen, Engpässe auszugleichen. Die Antragsteilzeit und das Arbeitszeitkonto sind weitere Maßnahmen.

Bei der Notbetreuung, die auch in den Antrag aufgenommen wurde, gibt es einen tagesaktuellen Fokus. Mit zunehmendem Übergang in den Normalbetrieb der Unterrichtsversorgung, der längst in Aussicht gestellt und terminlich festgelegt ist, wird sich in den kommenden Wochen auch diese Thematik glätten. In den Spitzen der Pandemie waren immerhin, aber auch lediglich vier Prozent der Schülerinnen und Schüler in Bayern in Notbetreuung, ein Prozent in den Osterferien, zwei bis drei Prozent an den Grund- und Förderschulen, die hier explizit aufgenommen wurden. Daher sehen wir für den Tenor des Antrags überhaupt keinen Grund.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch bei den Eltern, den Familien, die mit viel Geduld diese schwierige Zeit gestemmt haben. Der Dank gilt auch den Schülerinnen und Schülern.

Ich möchte auch unserem Kultusminister und der Staatsekretärin ausdrücklich großen Dank sagen, da dies im Plenum meist vernachlässigt wird.

Die SPD hat heute bemängelt, dass nach dem Beginn der Pandemie das Konzept gefehlt, es hier und da ein Problem gegeben und nicht alles reibungslos funktioniert habe.Liebe Leute, lest einmal in der Zeitung, was weltweit los ist, dann kann man das nachvollziehen! Der Dank gilt denen, die die Situation schnell, unbürokratisch, intelligent und professionell gestemmt haben. Lieber Michael Piazolo, liebe Anna Stolz, toll gemacht!

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Dünkel. – Nächster Redner ist von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Vizepräsident Thomas Gehring. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, lieber Kollege Dünkel, die Corona-Krise stand natürlich im Vordergrund, und sie steht nach wie vor im Vordergrund. Die Schulen stehen vor großen Herausforderungen. Die Corona-Krise hat die Unterrichtskrise, von der wir im Januar gesprochen haben, in den Hintergrund gedrängt. Aber die Unterrichtskrise ist nicht weg. Sie ist augenscheinlich, und sie wird augenscheinlicher, je näher das nächste Schuljahr rückt, und jetzt muss auch die Planung für die Lehrerversorgung für das nächste Schuljahr stehen.

Deshalb ist es richtig, heute nachzufragen: Wie geht die Rechnung des Kultusministers Piazolo auf, die er uns im Januar dieses Jahres präsentiert hat? Übrigens ohne Vorwarnung, ohne Gespräche mit den Betroffenen, den Verbänden oder dem Personalrat. Auf dieser Rechnung steht oben ein großes Minus. Im kommenden Schuljahr fehlen 1.400 Lehrerstellenäquivalente an Grund-, Mittel- und Förderschulen. Dieses Minus kleiner, wenn nicht zu einem Plus zu machen, wird die Aufgabe bis zum kommenden Schuljahr sein. Daraus muss zumindest eine ausgeglichene Rechnung wer-

den. Der Kultusminister hat eine Rechnung vorgelegt. Der Kollege Dünkel hat nochmals daraus zitiert. Schauen wir einfach einmal, wie sie aufgeht.

Dort steht: Die Unterrichtsstunden sollen pro Woche von 28 auf 29 Stunden erhöht werden. Das ergibt laut Auskunft des Kultusministeriums ein Plus von 170 Vollzeitstellen. Die Antragsteilzeit wird für alle auf 24 Stunden erhöht, das ergibt plus 440. Das Streichen der Möglichkeit, ein Jahr früher in den Ruhestand zu gehen, ergibt plus 470. Wenn man aber nachrechnet – erlauben Sie mir den Kalauer: wenn man vor Piazolos Zeiten die Schulbank gedrückt hat, kann man noch rechnen –, dann kommt man trotz der Addition immer noch ins Minus. Nach wie vor fehlen 400 Stellen, die in der Rechnung nicht gedeckt sind. Eine Lücke von 400 Stellen!

Die Antwort des Kultusministers war: Die Lücke werde man mit freiwilligen Maßnahmen schon schließen. Dann kam Corona. Corona hat die Unterrichtskrise noch verschärft, und selbstverständlich wird dadurch dieses Minus nicht kleiner, sondern größer. – Dafür können Sie nichts, Herr Minister, aber Sie haben erkennbar darauf nicht reagiert und Ihre Rechnung auch nicht korrigiert.

In der Corona-Krise haben wir gelernt: Es gibt Risikogruppen – ab 50 Jahre, ab 60 Jahre, je älter, desto gefährdeter –, und die einzige Maßnahme, die bisher gekommen ist, um diese Lücke zu schließen, dieses Minus zu beseitigen, war, dass man die Altersgruppe der über 65-Jährigen, die Pensionäre, angeschrieben hat, ob sie wieder in die Schule kommen wollen. Also die Leute, zu denen man sagt, sie sollen lieber nicht zum Einkaufen gehen, wurden gefragt, ob sie in die Schule kommen könnten. Ich finde: eine peinliche Angelegenheit! Dass darunter bereits Verstorbene waren, spricht nicht für die Organisationskompetenz des Kultusministeriums.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Tag für Tag wird deutlicher, dass diese Rechnung eben nicht aufgeht. Das Minus wird größer. Herr Dünkel, Sie haben darauf keine Antworten gegeben. Von Anfang an war klar: In dieser Rechnung gibt es zu viele Unbekannte. Nur ein Beispiel: Wir wissen nicht, ob wirklich alle, die in die 29 Stunden

gehen müssten, dies tatsächlich auch tun oder ob sie Antragsteilzeit machen, also nicht eine Stunde mehr, sondern vier Stunden weniger unterrichten.

Thema vorgezogener Ruhestand: Er soll 470 Stellen bringen – am meisten. Das sind Menschen, Frauen vor allem, Lehrerinnen, Lehrer, die am Ende ihrer Kraft und gesundheitlich angeschlagen sind. Sie werden nun zum Arzt gehen und ihren Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen beantragen. Wir haben in dieser Woche im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes gehört, dass es ein Drittel mehr sind als sonst, die bereits vor Wochen bei den Bezirksregierungen diesen Antrag gestellt haben. Es werden mehr werden. Nachdem auch ihre Petitionen abgelehnt worden sind, werden es noch mehr. Also, diese Zahl 470 wird nie erreicht werden.

Das Nächste ist die Antragsteilzeit. Auch dabei gehen wir davon aus, dass viele, die es einfach nicht schaffen, beispielsweise von 16 auf 24 Stunden zu gehen, überlegen, in die familienbedingte Teilzeit zu gehen, gesundheitliche Gründe geltend zu machen oder sogar ganz aus dem Schuldienst zu gehen. Auch diese Fälle hatten wir schon.

Und dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir Corona. Wir haben Risikopatienten und Risikogruppen, und es wird Lehrerinnen und Lehrer geben, die sicher die genannten Gründe geltend machen, um nicht mehr in die Schule gehen zu müssen. Deshalb wird auch dort die Zahl nicht erreicht werden.

Daher sind wir sicher: Das Minus wird größer sein, und wir haben bisher keine Antwort gehört, wie dieses Minus beseitigt wird. Deshalb ist dieser Antrag richtig. Der Kultusminister muss jetzt etwas vorlegen, er muss etwas bringen. Ich bin mir sicher: Sie werden dazu Auskunft geben, spätestens im Ausschuss, wenn unser Antrag behandelt wird. Ich bin mir auch sicher, dass wir dann wieder über unseren Vorschlag diskutieren werden, den wir schon eingebracht hatten und den wir auch im Nachtrag hatten: nämlich noch einmal massiv in die Zweitqualifizierung zu gehen und arbeitslose junge Realschullehrer und -lehrerinnen und Gymnasiallehrer und -lehrerinnen in die Grund- und

Mittelschulen zu bringen. Diese Leute brauchen eine Zweitqualifizierung. Sie können sofort eingesetzt werden und gehören nicht zur Risikogruppe.

Deshalb stimmen wir dem Antrag der SPD zu. Ich bin mir sicher, wir werden bald über unsere GRÜNEN-Konzepte sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Johann Häusler vor, dem ich jetzt das Wort erteile.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Gehring, Sie sagten zum einen, die Maßnahmen, die der Kultusminister zur Sicherstellung des Unterrichts Anfang des Jahres veranlasst hat, wären falsch und nicht abgestimmt gewesen. Sie sagten zum anderen, er hätte kein Konzept, wie es in der Corona-Krise weitergeht. Sie haben jetzt die Nach- bzw. Zweitqualifizierung angesprochen, die angeboten wird und momentan läuft.

Meine konkrete Frage lautet: Was hätten Sie denn in dieser Situation gemacht? Sie haben Verständnis dafür geäußert, dass die Lehrerinnen und Lehrer aufgrund der Gefährdungslage nicht zum Unterricht kommen können. Welche Maßnahmen beziehungsweise konkreten Schritte hätten Sie vorgeschlagen, um diese Problematik vernünftig und gängig zu lösen?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Erstens hätten wir vorher mit den Menschen geredet, auch mit den Verbänden. Wenn man etwas von Menschen will, muss man miteinander reden, und dann gibt es vielleicht ein Geben und Nehmen. Man macht es nicht par ordre du mufti.

Zweitens. Wir hätten bei der Arbeitszeiterhöhung auf Freiwilligkeit und Angebote gesetzt.

Drittens haben wir weitere Vorschläge gemacht; einer ist die Zweitqualifizierung. Wir haben uns vorgestellt, 2.000 Stellen zweitzuqualifizieren. Dafür muss man zusätzliches Geld in die Hand nehmen; das ist der Punkt. Dies haben wir im Nachtrag vorgelegt. Außerdem haben wir vorgeschlagen, dass man aus dem Referendariat Realschule beziehungsweise Gymnasium sofort an die Grundschule gehen und dort eingesetzt werden kann. Wir haben also Vorschläge gemacht. Sie sind auch durchgerechnet; Sie können das nachrechnen und nachlesen. Unsere Rechnungen gehen auf jeden Fall besser auf als die des Kultusministers.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Nikolaus Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Vielen Dank. – Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherung der Unterrichtsversorgung und eine perspektivische Personalplanung an Bayerns Schulen ist und bleibt für uns FREIE WÄHLER eines der zentralen Themen der bayerischen Bildungspolitik; denn mit den Lehrkräften steht und fällt natürlich guter Unterricht. Das zeigt sich auch in der Situation, die wir aktuell haben.

Mit ihren fachlichen, personellen und kommunikativen Kompetenzen ist die Lehrkraft einer der bestimmenden Faktoren, damit Unterricht auch in Zeiten von Corona funktioniert, auch beim Lernen zu Hause. Das ist wirklich ein Unterschied: Homeschooling oder Lernen zu Hause. Wir sind beileibe nicht in Kanada oder in Neuseeland. Unser Ziel ist es, dass wieder Präsenzunterricht stattfindet. Wir hoffen, dass wir es so schnell wie möglich erreichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Bayerns Schülerinnen und Schüler haben es wirklich gut, weil wir viele sehr gut ausgebildete und sehr hoch motivierte Lehrer haben. Es sind Leute mit Leidenschaft, die

sich diesen Beruf ausgesucht und sich ganz bewusst für eine Schulart entschieden haben. Das ist einer der entscheidenden Vorteile unserer Bildungspolitik. Die Qualität und den hohen Anspruch wollen wir gemeinsam mit unserem Kultusminister Piazolo auch für die Zukunft sichern. Denn Lehrkräfte sind einer der zentralen Faktoren – ich habe es bereits gesagt –, wenn es um die Aufrechterhaltung der hohen Qualität des bayerischen Bildungssystems geht.

Gleichzeitig ist uns allen wohl klar, dass gerade in diesem Bereich ganz, ganz große Herausforderungen vor uns stehen, weshalb entsprechende Maßnahmen zur Gewinnung von Personalkapazitäten – das ist Teil des Antrags – erforderlich sind, um die Unterrichtsversorgung über die einzelnen Schularten hinweg mit qualifizierten Lehrkräften sicherstellen zu können.

Gerade vor diesem Hintergrund – das ist nicht nur in Bayern, sondern wirklich deutschlandweit ein Problem, wie wir alle wissen – ist erhöhter Personalbedarf natürlich besonders an Grund-, an Mittel- und an Förderschulen gegeben. Wir sind unserem Minister dankbar, dass er insoweit schon viel in die Wege geleitet hat.

So ist ein umfassendes Maßnahmenpaket entstanden, das auf der Homepage zu finden ist. Ich kann jedem nur empfehlen, sich dazu schlauzumachen. Vorgesehen sind sowohl freiwillige als auch dienstrechtliche Maßnahmen. Zudem sind deutliche Unterstützungs- und Entlastungsmaßnahmen für Lehrkräfte vorgesehen. All das ist übrigens seit Längerem im Internet zu finden; ich habe es erwähnt.

Es ist weder für mich persönlich noch für die FREIEN WÄHLER insgesamt momentan nicht nachvollziehbar, warum die SPD gerade jetzt einen solchen Antrag stellt und die Staatsregierung auffordert, weitere Konzepte etc. vorzulegen. Ich habe es gesagt: Sie hätten sich vorher erkundigen können. Auch im Ausschuss haben wir des Öfteren darüber gesprochen.

Der Antrag umfasst vier verschiedene Punkte. Es ist guter Brauch, Berichtsanträgen zuzustimmen; Kollege Dünkel hat das auch für seine Fraktion angekündigt. Wir bitten

deshalb um getrennte Abstimmung. Den Nummern eins und vier – es handelt sich um Berichtsanträge – können und werden die FREIEN WÄHLER zustimmen, nicht aber den Nummern zwei und drei. Was die Forderung angeht, die Lehrkräfte von den Aufgaben der Notbetreuung zu entlasten, ist mein Vorredner schon darauf eingegangen. Momentan ist kein Bedarf, diesen beiden Punkten zuzustimmen.

Ich darf zusammenfassen: Uns allen muss wirklich bewusst werden, dass wir für die Bewältigung der derzeitigen Situation noch viel Kraft und Energie brauchen werden. Ein solches Ereignis hat niemand voraussehen können. Es sagt sich so leicht: Ihr hättet vorbereitet sein müssen. – Betroffen ist die gesamte Wirtschaft, und das weltweit; auch sie war nicht vorbereitet.

Die gesamte Schulfamilie ist einbezogen, nicht nur die Gewerkschaften. Das Ministerium und jeder Bildungspolitiker stehen in Kontakt mit den Lehrerverbänden, Elternverbänden und Schülerverbänden. Ich könnte jetzt salopp sagen: Wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründe ich einen Arbeitskreis.

Ich glaube, die Gespräche führen zum Ziel. Deshalb wiederhole ich für die FREIEN WÄHLER die Bitte um getrennte Abstimmung. Den Nummern eins und vier stimmen wir zu. Die Nummern zwei und drei müssen wir leider ablehnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Dr. Anne Cyron für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion erscheint mir im Moment wenig sinnvoll. Denn wir leben

in einer außergewöhnlichen Situation, die allen im Landtag vertretenen Fraktionen sicherlich sehr viel Improvisationsgeschick abverlangt.

In dem Antrag werden Prognosen und konkrete Planungen gefordert. Ich denke, dass solche Prognosen und Planungen im Moment niemand geben kann.

1.400 Lehrkräfte werden im kommenden Schuljahr fehlen. Um diese Lücke zu füllen, sollen Lehrer aus dem Ruhestand zurückgeholt bzw. später in den Ruhestand verabschiedet werden können. Wir wissen derzeit nicht, wie viele Lehrer wir zurückholen können. Wir wissen derzeit auch nicht, wie viele Lehrer familienpolitische Auszeit nehmen werden. Und: Niemand vermag derzeit zu sagen, wie es im Schulbetrieb mit den Corona-Maßnahmen überhaupt weitergehen wird.

Es gibt keine verlässlichen Zahlen darüber, wie viele Personen die LAP 1 entsprechend abschließen werden. Woher will die SPD das Lehrpersonal nehmen, welches für die Entlastung bei der Notbetreuung zuständig ist, wenn bereits die reguläre Versorgung mit Lehrkräften an Schulen defizitär ist? Wie vereinbart sich das Festhalten am Lockdown mit dem Wunsch nach einer Vorhersage über Zustände an bayerischen Schulen für 2020/2021? – Verlässliche Prognosen sind derzeit aus unserer Sicht nicht möglich. Wir lehnen den Antrag der SPD ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist verständlich, dass die Corona-Krise erst einmal andere Fragestellungen in den Vordergrund gerückt hat. Dennoch müssen wir festhalten, dass die Probleme der Vergangenheit sich nicht von selbst gelöst haben, Herr Minister. Dazu gehört leider auch der Lehrermangel an den

Grund-, den Mittel- und den Förderschulen. Wir müssen sogar festhalten: Durch die Corona-Krise hat sich die Problematik eher noch verschärft.

Wir haben aus der Opposition heraus ziemlich auf den Tag genau vor vier Monaten bereits mit Dringlichkeitsanträgen hier im Plenum verschiedene Vorschläge eingebracht, wie man darauf reagieren kann. Vonseiten der FDP haben wir zum Beispiel vorgeschlagen, qualifikationsbezogene Aufstiegswege in A 13 zu schaffen, eine attraktivere Karriereplanung zu ermöglichen, eine Vervielfachung von Leistungsprämien anzustreben und so weiter und so fort. Außerdem haben wir darüber gesprochen, wie man Lehrkräfte im täglichen Alltag entlasten kann. Unser Motto war damals: Anreize statt Anordnungen.

Es liegt also schon vieles vor. Andere Fraktionen haben ähnliche Vorschläge ergänzt. Leider sind durch die Corona-Krise die Probleme eher noch größer geworden. Die schwierige Lage ist zum Beispiel auch bei dem Thema "Staatsexamen für das Lehramt" spürbar. Die schlechte Kommunikation hat dazu beigetragen, dass wir im kommenden Herbst – leider! – wahrscheinlich nicht mehr Referendare haben werden; vielleicht wird sogar das Gegenteil der Fall sein. Die Anwerbekampagne für pensionierte Lehrkräfte stockt in diesen Tagen aus verständlichen Gründen.

Daher ist es meines Erachtens richtig von der SPD, den Finger in die Wunde zu legen. Nur muss ich auch sagen: Ein paar eigene, konstruktive Vorschläge zu dem Konzept, das man sich von der Staatsregierung wünscht, hätten nicht geschadet.

Man muss aber auch sagen: Herr Piazolo, man kann Ihnen nicht das vorwerfen, was Ihre Vorgänger versäumt haben. Nicht alles, was uns jetzt auf die Füße fällt, ist in Ihrer Verantwortung entstanden.

Man muss aber feststellen: Falsch war, dass Sie anfangs die Warnungen, die Klagen, die Kritik als Panikmache abgetan haben. Eigentlich noch problematischer ist es, dass Sie, seitdem Sie das getan haben, keinen größeren Reformeifer gezeigt haben, um die wirklich tiefgehenden Probleme anzugehen. Sie betreiben Flickschusterei, müss-

ten aber eigentlich mutige Strategien für die Zukunft entwickeln. Wir brauchen Strategien zur Reform der Lehrerausbildung und für neue Laufbahnkonzepte. Notwendig ist auch eine neue Organisation von Schulen. Wir müssen mehr Gestaltungsfreiheit schaffen und mehr Motivation der Lehrkräfte ermöglichen, auch durch die Anerkennung guter Leistungen. Daher ist es richtig, auch über die Notbetreuung zu sprechen.

Mein Credo an dieser Stelle ist: Bayern muss weg von einer defizitären und hin zu einer visionären Schulpolitik. Das gilt übrigens im Besonderen für die Mittelschulen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Für die Staatsregierung spricht jetzt der Herr Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn uns die Corona-Krise eines besonders zeigt, dann ist es die Vergänglichkeit von Gewissheiten. Wer sich heute hinstellt und behauptet, schon zu wissen, was zum Schulanfang in dreieinhalb Monaten in Bayern sein wird, der hat aus der Corona-Krise überhaupt nichts gelernt. Überhaupt nichts!

Auch dieser Antrag zeigt, wie vergänglich alles ist. Es sind noch dreieinhalb Monate bis zum Schuljahresbeginn. Wenn wir eben diese dreieinhalb Monate in der Zeit zurückblättern, dann stellen wir fest: Es war eine Zeit, in der Starkbierfeste gefeiert wurden, in der es den Politischen Aschermittwoch gab und in der noch normaler Schulunterricht stattfand. Corona hatte sich gerade entwickelt.Was hat sich in diesen drei Monaten alles getan, was haben wir gemeinsam als Staatsregierung alles auf den Weg gebracht! Was haben wir auch geschafft! In den ersten Tagen und Wochen ging es darum, zu verhindern, dass wir solche Bilder wie in Italien, in Frankreich, teilweise in Spanien und in New York haben. Genau das haben wir bis jetzt in Bayern geschafft. Solche Bilder haben wir nicht. Die Eindämmungspolitik hat bis jetzt funktioniert.

Wir öffnen die Schulen nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland schrittweise wieder. Es gibt Länder, in denen das anders ausschaut. Darüber ist aber heute kein einziges Wort geredet worden. Es ging darum, Schlachten von gestern zu schlagen, auf den Januar zurückzugehen und insbesondere beinahe hämisch, so muss ich sagen, zu prognostizieren, dass die 1.400 Lehrer, die wir mit Maßnahmen in die Schulen bekommen wollen, nicht da sein werden. Warum denn? Wer sagt das denn? Warum denn? – Gerade bei der SPD und den GRÜNEN hatte man das Gefühl, dass man sich beinahe freut, wenn das nicht klappt. Es ist doch unser gemeinsames Ziel, das zu schaffen. Ich weiß nicht, woher diese Gewissheit kommt, zu sagen: Das wird nicht so sein.

Ich will besonders auf etwas eingehen, was ich schon mehrfach gesagt habe, aber irgendwie wird es immer mit Absicht überhört: Wir haben ein Schreiben an Pensionisten geschickt. Das gehört genau zu diesem Paket. Das ist übrigens nie anders gesagt worden. Wir haben immer gesagt, wir wollen neben den dienstrechtlichen Maßnahmen freiwillige Maßnahmen. Freiwillige Maßnahmen! Dann haben wir einen Brief an Pensionisten geschrieben. Der Brief liegt sicherlich vor. Solche Verbindungen wird man in den einzelnen Fraktionen schon haben. Es wird niemand an die Schulen zurückgeholt. Was sind das immer für Formulierungen? – In dem Schreiben geht es darum, ob Lehrkräfte, die in den letzten Jahren als Pensionisten aus dem Schuldienst ausgeschieden sind, freiwillig wieder in den Dienst zurückkehren. Es ist deren Entscheidung, ob sie das wollen oder nicht.

Ich sage jetzt schon, es wird einen Brief an die einzelnen Fraktionen geben. Wir werden sie fragen – ich kann das auch heute tun –, ob die SPD, ob die GRÜNEN, ob auch die anderen Fraktionen dies ablehnen. Das will ich heute gern wissen: Lehnt ihr es ab, dass Pensionisten freiwillig wieder in die Schulen kommen? – Den Eindruck habe ich nämlich.

Der Brief ging auch an circa 50 Haushalte, in denen der jeweilige Lehrer verstorben ist. Das liegt übrigens an einer ganz einfachen Sache. Es liegt daran, dass an diese

Adresse weiterhin die Hinterbliebenenversorgung für denjenigen gezahlt wird. Wenn uns nicht gemeldet worden ist, dass jemand verstorben ist und weiter Hinterbliebenenversorgungsbezüge gewährt werden, dann sind wir von der Adresse des Versorgungsfalls ausgegangen. Das sind die Hintergründe. Das mag nicht besonders geschickt gewesen sein, aber wenn es keine andere Adresse gibt, haben wir es nicht besser gewusst. So werden die Versorgungsbezüge geleistet.

Bei uns haben sich einige zurückgemeldet, die das freiwillig machen wollen. Jede der Oppositionsfraktionen wird hier gefragt, ob sie dem zustimmt oder nicht. Wir werden auch die Lehrerverbände fragen. Ich sage es ganz deutlich: Wenn die Mehrheit der Opposition sagt, wir wollen es nicht, dann werden wir den Lehrern schreiben: Die Opposition möchte nicht, dass ihr freiwillig an die Schulen kommt. – Dann werden wir es auch nicht machen. Das sage ich hier ganz deutlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insofern ist das auch ein Angebot zur Mitbestimmung von mir.

Was sind denn die Gewissheiten gewesen? – Ich habe heute in der "Süddeutschen Zeitung" von einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gelesen, einer Studie darüber, was alles zu tun ist. Das ist gar kein Vorwurf. Das ist sicherlich ein Gedankenspiel für das nächste Schuljahr, weil sie fest davon ausgeht, dass wir mit geteilten Klassen beginnen, dass wir weiterhin das Lernen zu Hause haben werden.

Baden-Württemberg geht heute den anderen Weg. Die GRÜNEN in Baden-Württemberg sagen ganz deutlich: Wir werden unsere Grundschüler in die bisherigen Klassen zurückschicken. Voll! – Das macht Sachsen, das machen andere wie Schleswig-Holstein auch. Das heißt, wir kriegen in diesen Wochen eine Diskussion darüber – und das ist auch ganz normal –: Wie wird es im nächsten Schuljahr sein?

Aber das sind noch dreieinhalb Monate. Deshalb sage ich ganz deutlich: Der Plan, den wir für Bayern gewählt haben, ist genau der richtige. Wir haben eben nicht gesagt,

was in sechs Monaten sein wird oder was in drei Monaten sein wird. Wir haben im Kultusministerium natürlich mögliche Szenarien entwickelt, um auf alles vorbereitet zu sein. Das machen wir auch jetzt für das nächste Schuljahr. Aber wir haben eben nicht zwei, drei Monate im Voraus gesagt: Das ist es.

Es hieß gerade aus Richtung der FDP immer: Fahrplan, Fahrplan, Fahrplan. – In Nordrhein-Westfalen wird der Fahrplan ständig geändert. Ich will der Ministerin dort keinen Vorwurf machen. Man kann es so machen. Sie ändert ständig den Fahrplan. Das kann man natürlich tun. Es ist auch keiner dagegen gefeit. Aber wenn ich immer schon verkünde, was ich in einer solchen Krise, die eine unglaublich dynamische Entwicklung hat, in zwei Monaten machen will, dann gehe ich eben dieses Risiko ein.

Das kann ich eingehen. Das muss auch nicht falsch sein. Nur glaube ich, es war richtig, eher langsame Schritte zu gehen. Wir haben beinahe jedes Examen und jede Abschlussprüfung zeitlich verschoben. Das will ich auch einmal deutlich sagen. Wir sind gerade bei den Abiturprüfungen. Ich hoffe sehr, dass sie gut über die Bühne gehen. Das war und ist auch für die Abiturienten nicht leicht. Gestern war das Mathematik-Abitur an der Reihe.

Ich glaube schon, lieber Kollege Gehring, dass wir im Kultusministerium und auch ich persönlich einigermaßen rechnen können. Wir werden dann sehen, wie es mit den 1.400 Stellen ist. Wir jedenfalls geben uns nicht nur Mühe, sondern wir haben konkrete Planungen. Die Zahlen sind genannt worden. Ob eine solche Debatte dazu beiträgt, dass die Lehrerinnen und Lehrer den Eindruck haben: "Wir sind da gut aufgehoben", wenn gesagt wird: "es werden Stellen fehlen" und: "es wird schrecklich werden", werden wir sehen. Schauen wir mal.

Wir stehen vor Herausforderungen. Das ist richtig. Egal, wie sich Corona entwickeln wird, werden wir natürlich auch im nächsten Schuljahr vor Herausforderungen stehen. Wir alle wissen es nicht, sondern können nur hoffen und alles tun, damit eine zweite Welle im Herbst eben nicht kommt. Selbstverständlich werden wir uns dazu auch Ge-

danken machen und intensiv überlegen, was man tun kann, wenn es der Fall sein sollte.

Selbstverständlich werden wir Lehrkräfte auch schützen. Das haben wir auch jetzt getan. Das gilt auch für die Risikogruppen. Natürlich bedeutet das, dass wir dann weniger Lehrer im System haben werden. Darauf muss man sich eben einstellen. Da müssen wir Konsequenzen ziehen. Diese Überlegungen gibt es jetzt schon. Aber dreieinhalb Monate vorher ist nicht klar – auch jetzt nicht –, wie es mit über 60-jährigen Lehrern ist. Wir wissen nicht, wie das Infektionsrisiko ist. Wir wissen wirklich nicht, wann ein Impfstoff kommen wird.

Um das noch einmal auch für das nächste Schuljahr deutlich zu machen: Es bleibt natürlich bei den Maßnahmen, um die 1.400 Stellen zu schaffen. – Es war übrigens nicht so – das wiederhole ich auch noch einmal –, dass die gefehlt haben. Es ist so, dass wir es frühzeitig gesagt haben. Das habe ich im Oktober schon angedeutet und mit dem zuständigen Verband besprochen. Lieber Kollege Gehring, liebe Kollegin Wild, wenn es gewünscht wird, kann ich auch gern öffentlich machen, wenn der Verband das wünscht, wann wir die Gespräche mit den entsprechenden Lehrerverbänden geführt haben. Im vergangenen Jahr habe ich jede der einzelnen Maßnahmen dort im Gespräch vorgestellt. Es gab keine Zustimmung. Das ist auch normal. Das ist auch alles legitim. Aber selbstverständlich haben wir darüber gesprochen.

Wir werden weiter die freiwilligen Maßnahmen durchführen. Wir werden weiter Zweitqualifikationen machen. Ich bin dankbar für entsprechende Vorschläge dazu. Wir werden auch, wie es beide Regierungsfraktionen angedeutet haben, berichten, wie ich das im Januar getan habe und natürlich auch gerne tue, weil ich immer gerne in den Bildungsausschuss komme und auch gerne das Gespräch suche.

Zum Abschluss sei einfach noch einmal deutlich gemacht: Diese Corona-Krise fordert uns alle heraus. In der Schullandschaft ist das besonders der Fall, weil Schule ein sozialer Interaktionsraum ist. Es ist übrigens kein Homeschooling. Das habe ich schon

tausendmal gesagt. Es ist Lernen zu Hause. Beim Homeschooling haben die Eltern eine andere Rolle. Manchmal habe ich den Eindruck, sie sollen in der Öffentlichkeit in diese Rolle gedrängt werden. Dann werden die Voraussetzungen enorm hochgeschraubt. Es ist ein Lernen zu Hause. Das ist inzwischen in der dritten Phase. Ich will das aus zeitlichen Gründen gar nicht deutlich machen. Ich kann aber gerne Stellung nehmen – und das habe ich schon häufiger in einigen Pressekonferenzen getan –, welche Konzepte jeweils in welcher Phase dahinterstecken.Aber mein Eindruck ist, dass die Schulfamilie, das heißt, die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler und auch die Eltern in hervorragender Weise zusammengewirkt hat. Vieles hat gut funktioniert, nicht alles. Es kann auch nicht alles funktionieren.

Wer sich hinstellt und sagt: In einer solchen Corona-Krise haben wir alles perfekt hinbekommen, der war entweder nicht dabei, oder es fehlt ihm an der Analysefähigkeit. Natürlich klappt nicht alles, aber sehr vieles. Meistens hört man dann die besonders laut, die den Eindruck haben, dass es nicht immer klappt. Aber es sind sehr viele, die mitgemacht haben: über 3 Millionen Eltern, über 1,6 Millionen Schüler, 150.000 Lehrerinnen und Lehrer – das ist eine ganz große Anzahl. Da hat sehr viel funktioniert und sehr viel gut funktioniert.

Ich bin sicher, dass die Defizite geringer sein werden, auch die Lerndefizite über das nächste Jahr, als jetzt von vielen prognostiziert, weil wir großen Sachverstand haben, gerade auch seitens unserer Schulleiterinnen und Schulleiter.

Deshalb gilt mein Dank allen – da schließe ich gerade im Bildungsbereich auch die Fraktionen mit ein –, die sich in den letzten Monaten um die Schulbildung verdient gemacht haben. Ich darf mich noch einmal recht herzlich persönlich bei Herrn Dünkel und Herrn Kraus für das Lob bedanken. Ich kann nur dazu ermuntern, dass wir weiter in diesem Sinne zusammenarbeiten. Unsere Kinder, unsere Schüler sollten es uns wert sein. Sie sind es. Sie sind unser höchstes Gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen vor. Ich erteile zunächst der Abgeordneten Margit Wild von der SPD-Fraktion das Wort.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Minister! Ich muss mich schon ein bisschen über Ihre Wahrnehmungsfähigkeit wundern. Dass Sie mir in meinem Redebeitrag Häme unterstellen, verwundert mich, und das weise ich weit von mir. Häme war das nicht.

Zum Zweiten weise ich auch von mir, dass ich in meinem Redebetrag davon gesprochen hätte, dass ich schon wüsste, wie es zu Schulbeginn sein wird. Ich habe von dem roulierenden System gesprochen, vom Lernen zu Hause – ich korrigiere mich, ich habe auch vom sogenannten Homeschooling gesprochen – und vom Präsenzunterricht. Auch das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

Ich meine aber schon, dass es gerade in dieser Zeit auch die Aufgabe der Opposition ist, den Finger in die Wunde zu legen und Fragen zu stellen. Ich glaube, Sie wissen das auch noch aus den vergangenen zehn Jahren, dass es unsere Aufgabe ist, die Schwächen zu benennen, die ein System hat.

Eine Schwäche ist natürlich, dass wir einen Lehrermangel haben. Nicht umsonst würde das Ministerium auch die sich bereits in Pension befindlichen Lehrkräfte zurückholen. Wenn sich dann welche bereitfinden – auch da gab es eine leichte Unterstellung – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Abgeordnete, Sie müssen sich an die Minute halten.

Margit Wild (SPD): – gleich –, dann wird sich meine Fraktion in keiner Weise gegen diese Freiwilligkeit stemmen. Aber diese Aktion bedeutet auch, dass man versucht, diesem Manko, diesem Defizit zu begegnen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie wirklich bitten, zum Ende zu kommen.

Margit Wild (SPD): Das habe ich in meinem Redebeitrag klargestellt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Danke für die Klarstellung. Wenn ich den SPD-Antrag, den ich jetzt nicht vorliegen habe, richtig im Kopf habe, steht da drin: Es werden 6.000 Lehrer fehlen. Das steht im Antrag; das ist doch genau das, was ich sage: Man weiß jetzt schon, wie viele Lehrer zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt fehlen werden.

Noch mal zur Erinnerung: Bei den Maßnahmen war die Freiwilligkeit dabei. Was die Pensionäre betrifft, sage ich: Wir holen niemanden zwangsweise zurück, sondern das ist ein Angebot an diejenigen, die Lust haben, noch in der Schule tätig zu sein, die sich fit fühlen; die sollen arbeiten. Insofern habe ich daran nie etwas Schlimmes an diesem Brief gefunden. Es standen die entsprechenden Worte und Adjektive in diesem Brief. Man kann das immer so oder so auslegen. Das ist das Ziel, und ich freue mich, wenn wir uns über das Ziel einig sind und es gemeinsam erreichen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Thomas Gehring, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben das im Januar mit der Tatsache begründet, dass die Lehrkräfte ihre Teilzeitanträge stellen. Diese Phase ist jetzt vorbei. Jetzt muss man sehen, wie die Rechnung ausgeht, ob das auch so war. Deswegen haben wir unsere Anträge gestellt.

Ich bin ein bisschen erschüttert, wie Sie Corona gerade in den Vordergrund stellen. Man muss trotzdem planen, wie es im September weitergeht. Ich denke, wir werden im September in irgendeiner Form Schule haben, und wir werden dafür Lehrkräfte

brauchen; vermutlich mehr, weil wir kleinere Gruppen haben werden, weil wir Wechselschichten haben werden, weil wir parallel Homeschooling und Präsenzunterricht haben werden. Wie auch immer das sein wird, werden wir Lehrkräfte dafür brauchen.

Sie als Kultusministerium planen das. Sie haben vor zwei Wochen das KMS verschickt. Daran müssen sich die Schulleiter und Schulräte orientieren, wie sie das Personal verteilen. Sie können doch nicht über die Personalplanung sagen: Schauen wir mal, das wird schon irgendwie.

(Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo: Das habe ich doch nicht gesagt!)

So kann es doch nicht sein. Höchstens – den Verdacht habe ich auch ein bisschen bei Ihnen – dass Sie sagen: Wenn die Schüler zu Hause bleiben – nennen wir das nicht Homeschooling –, ist uns relativ egal, was die da machen; aber faktisch verbringen Schüler jetzt die meiste Zeit ihrer Schulzeit zu Hause.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss auch Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Thomas Gehring (GRÜNE): Deswegen ist das ein bisschen sehr leichtfertig, wie Sie argumentieren.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Allein schon die Wortwahl! Was ist denn das für eine Unterstellung? – Wenn Schüler zu Hause sind, sei es uns egal, was sie dort machen? – Ich selber habe zwei Briefe – der letzte war sechs Seiten lang – an die Eltern geschrieben, mit ganz konkreten Hinweisen. Wir haben mehrere KMS mit ganz konkreten Hinweisen geschrieben. Darin steht über die Grundschüler der zweiten Klasse, dass wir wollen, dass ungefähr 120 Minuten lang zu Hause Lernen stattfindet, dass Struktur gegeben wird. Über die dritte Klasse steht, dass es 150 Minuten sein sollen.

Wie kommt man auf die Idee zu sagen, mir als Kultusminister sei es egal, ob die Schüler zu Hause etwas lernen oder nicht? Das sind genau die Unterstellungen, bei denen ich immer sage: Leute, wir können vernünftig reden, wir können uns über vernünftige Maßnahmen auseinandersetzen; aber macht doch bitte nicht solche Unterstellungen.

Das Zweite ist – diese Bemerkung sei vielleicht noch gestattet –, dass du jetzt sagst, es wundert dich, dass ich Corona in den Mittelpunkt stelle: Ja, meine lieben Leute, seit drei Monaten ist das der Mittelpunkt unserer Politik. Das ist so. Das haben wir uns nicht gewünscht. Aber selbstverständlich müssen wir das jetzt in den Mittelpunkt stellen und müssen das organisieren. Das heißt nicht, das sage ich dir auch – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, auch Ihre Antwortzeit ist auf eine Minute beschränkt.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Danke. – Letzter Satz:

Das heißt nicht, dass wir das andere nicht planen. Das tun wir. Selbstverständlich planen wir für mehrere Dinge. Aber natürlich ist Corona das, was unsere Politik im Moment leider – aber so ist es – sehr in Atem hält.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/8012. Der Kollege Dünkel hat Einzelabstimmung über die einzelnen vier Punkte beantragt. Gibt es hiergegen Widerspruch? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir zunächst über die Ziffer 1 ab. Wer der Ziffer 1 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist diese Ziffer des Dringlichkeitsantrags angenommen.

Wer der Ziffer 2 des Dringlichkeitsantrags seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Gibt es hierzu Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 des Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Wer der Ziffer 3 des Dringlichkeitsantrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Gibt es hierzu Enthaltungen? – Die FDP-Fraktion. Damit ist diese Ziffer des Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Zu guter Letzt: Wer der Ziffer 4 des Dringlichkeitsantrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 4 des Dringlichkeitsantrags angenommen.